



Vier Erwerbstätige für drei Pensionisten

Pensionssystem muss reformiert werden, sonst bricht es in einigen Jahren zusammen

Wien (VN) Die Zahlen sind seit gut 15 Jahren bekannt: Im Jahr 2030 werden jeweils vier Erwerbstätige mit ihren Steuern und Abgaben drei Rentner erhalten müssen. Das ist im derzeitigen System nicht finanzierbar. Späterer Pensionsantritt, höhere Beiträge oder niedrigere Pensionen und private Vorsorge sind die Alternativen. Um klare Worte haben sich die Parteien bisher weitgehend gedrückt.

Einen ersten Schritt hat die abtretende Bundesregierung immerhin gesetzt: Die ab Jänner 2003 gültige „Abfertigung neu“ kommt allen Beschäftigten zugute; jeder kann die Abfertigung auch bei Selbstkündigung während des Berufslebens „mitnehmen“ und bei Pensionsantritt in eine Zusatzpension umwandeln.

Grundlegende Reform

Der deutsche Pensionsexperte Bert Rürup hat schon vor Jahren eine „grundlegende Pensionsreform bis 2010“ gefordert. Dieses Jahr ist daher ein Meilenstein, weil spätestens ab diesem Zeitpunkt die geburtenstarken Fünfziger-Jahrgänge des vorigen Jahrhunderts in Pension gehen.

Die politischen Parteien haben bisher den Kopf weitgehend in den Sand gesteckt. Einschnitte nach dem skandinavischen Modell werden beispielsweise erst gar nicht diskutiert. Dort wird die Pension nach einem versicherungsmathematischen Modell errechnet: Die Pension wird quasi auf die zu erwartende restliche Lebensdauer „aufgeteilt“. Wer früher in Pension geht, bekommt deutlich weniger. Die Entscheidung kann jede(r) Einzelne für sich selbst treffen. Frauen sind allerdings wegen ihrer höheren Lebenserwartung im Vergleich zu Männern benachteiligt.

„Basispension“

Eine staatliche „Basispension“, die im Umlageverfahren finanziert wird – die Erwerbstätigen zahlen die Renten für die Pensionisten – ist auch langfristig sicher. Das Pensionsantrittsalter wird allerdings deutlich auf ungefähr 67 Jahre steigen müssen. Wer früher in den Ruhestand wechseln oder mehr Pension haben will, wird selber vorsorgen müssen.

Um überfallsartige Regelungen wie die Anhebung des Frühpensionierungsalters durch die letzte Regierung zu

vermeiden, wären frühzeitige Entscheidungen notwendig. Ob sie rasch fallen und dadurch jedem Einzelnen klare „Lebensplanungen“ ermöglichen, hängt vom Mut der nächsten Bundesregierung zu scheinbar unpopulären Entscheidungen ab.